

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

XV

## 1. Teil. Grundlegung

<b>1. Kapitel. Grundgesetz und „offene Staatlichkeit“</b>	<b>1</b>
§ 1. Das Staatsziel der „offenen Staatlichkeit“	1
§ 2. Die Verankerung der „offenen Staatlichkeit“ im Grundgesetz	2
§ 3. Die Bezüge des Staatsrechts zum Völker- und Europarecht	3
<b>2. Kapitel. Völkerrecht als Recht der internationalen Staatengemeinschaft</b>	<b>4</b>
§ 4. Der Begriff des Völkerrechts	4
I. Die Definition	4
II. Begriffliche Abgrenzungen	5
1. Das interne Recht internationaler Organisationen	5
2. Das innerstaatliche „internationale Recht“	6
3. Die quasi-völkerrechtlichen Verträge	6
§ 5. Besonderheiten des Völkerrechts	7
I. Besonderheiten der völkerrechtlichen Rechtsetzung	7
II. Besonderheiten der völkerrechtlichen Rechtsdurchsetzung	8
III. Rechtsnatur und Effektivität	9
§ 6. Strukturen des Völkerrechts	10
I. Stufen der Völkerrechtsordnung	10
II. Recht der Koexistenz, der Kooperation, der Legitimität	10
III. Universelles und regionales Völkerrecht	12
1. Universelles Völkerrecht	12
2. Regionales Völkerrecht	12
§ 7. Völkerrecht und staatliches Recht	13
I. Dualismus und Monismus	13
1. Die unterschiedlichen Konzepte	13
2. Der Bedeutungswandel des Theorienstreits	14
II. Die Konzeption des Grundgesetzes	14
<b>3. Kapitel. Europarecht als Recht der europäischen Integration</b>	<b>15</b>
§ 8. Die europäischen Einigungsbemühungen nach dem Zweiten Weltkrieg	15
§ 9. Föderalistische Einigungsversuche	16
I. Der Europarat	17
1. Die Gründung des Europarats	17
2. Aufgabe, Organisation und Befugnisse	17
II. Die fehlgeschlagene Europäische Politische Gemeinschaft	18
§ 10. Der Weg zur Europäischen Union	18
I. Der Anstoß zur „supranationalen“ Integration	18
1. Der Schuman-Plan von 1950	18
2. Die beiden Grundprinzipien der europäischen Integration	19
a) „Supranationalität“ als Baugesetz	19
b) Die „Méthode Jean Monnet“ als Entwicklungsprinzip	20

II. Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) .....	20
1. Der Vertragsgegenstand .....	20
2. Der einheitliche Wirtschaftsraum .....	21
3. Der Beitritt neuer Mitgliedstaaten .....	21
4. Die Ergänzung um neue Politikbereiche .....	21
III. Die Entwicklung zur Europäischen Union .....	22
1. Die Europäische Politische Zusammenarbeit .....	22
2. Die Gründung der Europäischen Union .....	22
3. Revisionsverträge und Beitritt neuer Mitgliedstaaten .....	24
4. Das Projekt einer grundlegenden Neugestaltung .....	24
§ 11. Die verfassungsrechtliche Verankerung der Europäischen Union .....	25
I. Die verfassungsrechtliche Ermächtigung zur europäischen Integration .....	26
1. Art. 24 Abs. 1 GG als ursprüngliche Ermächtigung .....	26
2. Der neue Artikel 23 GG .....	26
II. Die Diskussion um „Maastricht“ .....	27
1. Der Anlaß der Diskussion .....	27
2. Die Argumente der Vertragsgegner .....	27
III. Das Maastricht-Urteil des Bundesverfassungsgerichts .....	27
IV. Das Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts .....	28
 2. Teil. Das Recht der Völkerrechtssubjekte und die völkerrechtliche Lage Deutschlands	
4. Kapitel. Die Subjekte des Völkerrechts .....	31
§ 12. Begriff und Arten der Völkerrechtssubjekte .....	31
I. Der Begriff des Völkerrechtssubjekts .....	31
II. Die Arten der Völkerrechtssubjekte .....	31
1. Der Staat als Völkerrechtssubjekt .....	31
2. Andere Völkerrechtssubjekte .....	32
§ 13. Der Staat im Sinne des Völkerrechts .....	32
I. Der Begriff des Staats .....	32
1. Die völkerrechtliche Staatsdefinition .....	32
2. Die einzelnen Staatselemente .....	33
a) Das Staatsvolk .....	33
b) Das Staatsgebiet .....	33
c) Die Staatsgewalt .....	33
d) Die Souveränität .....	33
3. Der Grundsatz der Effektivität .....	35
II. Entstehung und Untergang von Staaten .....	35
1. Die Entstehung von Staaten .....	35
a) Formen der Staatsentstehung .....	35
b) Völkerrechtliche Regeln der Staatsentstehung .....	36
2. Der Untergang von Staaten .....	36
a) Formen des Staatsuntergangs .....	36
b) Völkerrechtliche Regeln des Staatsuntergangs .....	37
III. Die Anerkennung des Staats im Sinne des Völkerrechts .....	37
1. Begriff und Gegenstand der Anerkennung .....	37
2. Die völkerrechtliche Wirkung der Anerkennung .....	38
§ 14. Staatsähnliche Völkerrechtssubjekte .....	38
I. Das lokale de-facto-Regime .....	38
1. Der Begriff des lokalen de-facto-Regimes .....	38
2. Die völkerrechtliche Stellung des lokalen de-facto-Regimes .....	39
II. Die Völkerrechtsfähigkeit von Staatsteilen .....	39
1. Die Teilnahme von Staatsteilen am Völkerrechtsverkehr .....	39
2. Staatsteile und allgemeines Völkerrecht .....	40

<b>5. Kapitel. Der völkerrechtliche Status Deutschlands</b>	<b>40</b>
§ 15. Der deutsche Staat bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs	41
I. Die Identität Deutschlands bis zur bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai 1945	41
II. Die Grenzen des Deutschen Reichs	41
1. Deutschland in den Grenzen nach dem Stande vom 31. Dezember 1937	42
2. Territoriale Veränderungen nach dem 31. Dezember 1937	42
a) Österreich	42
b) Das Sudetenland	43
c) Das „Protektorat Böhmen und Mähren“	44
d) Das Memelgebiet	44
e) Die Freie Stadt Danzig	45
§ 16. Viermächte-Status und Teilung Deutschlands	45
I. Der Viermächte-Status	45
1. Die Vereinbarungen über die Besetzung Deutschlands	46
2. Die Übernahme der Regierungsgewalt in Deutschland durch die Siegermächte	46
a) Die Kapitulation der deutschen Wehrmacht	46
b) Die Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945	46
c) Die Potsdamer Beschlüsse vom 2. August 1945	47
II. Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik	47
1. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland	48
a) Das Grundgesetz als vorläufige Verfassung	48
b) Das Besatzungsstatut	49
c) Die weitere Selbstständigkeit der Bundesrepublik Deutschland durch die Pariser Verträge 1954	49
2. Die Deutsche Demokratische Republik	50
a) Die Gründung der DDR	50
b) Der Vertrag über die Beziehungen der Sowjetunion zur DDR vom 20. September 1955	51
3. Bestimmungen hinsichtlich des Status Deutschlands in den „Ostverträgen“ und im Grundlagenvertrag	51
a) Die „neue Ostpolitik“	51
b) Der Moskauer und der Warschauer Vertrag	52
c) Der Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972	52
III. Die verschiedenen Auffassungen zum völkerrechtlichen Status Deutschlands	53
1. Die verschiedenen „Deutschlandtheorien“	53
a) Das Problem	53
b) Die Lehre vom völkerrechtlichen Untergang Deutschlands	54
c) Die Fortbestandstheorien	54
2. Die Auffassungen der deutschen Völkerrechtspraxis	55
a) Die Auffassung der Bundesrepublik	55
b) Die Auffassung der DDR	56
IV. Der völkerrechtliche Status Berlins	57
1. Der Viermächte-Status Berlins	57
a) Viermächteverwaltung und Teilung Berlins	57
b) Der Dissens über den Viermächte-Status Berlins	58
c) Das Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971	58
2. Das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu Berlin	59
a) Berlin als „Land der Bundesrepublik Deutschland“	59
b) Die praktischen Konsequenzen der Formel, daß Berlin „nicht vom Bund regiert“ werde	60
V. Der Status der Gebiete jenseits von Oder und Neiße	60
1. Die Entstehung der Oder-Neiße-Linie	60
a) Die „Oder-Neiße-Gebiete“	60
b) Die Besetzung der Gebiete	61
c) Die Konferenzen der Alliierten	61
2. Territoriale Souveränität und Gebietshoheit	63
§ 17. Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands	64
I. Allgemeines	64

1. Die „friedliche Revolution“ von 1989 .....	64
2. Wege der Wiedervereinigung .....	64
3. Überblick .....	65
II. Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland .....	66
1. Die maßgeblichen Rechtsakte .....	66
a) Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion .....	66
b) Der Einigungsvertrag vom 31. August 1990 .....	66
2. Die Rechtswirkung des Einigungsvertrags .....	67
a) Völkerrechtliche Wirkung .....	67
b) Innerstaatliche Wirkung .....	68
III. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag .....	69
1. Zweck und Zustandekommen .....	69
2. Die Beendigung der Viermächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten .....	69
3. Völkerrechtliche Pflichten Deutschlands .....	70
a) Staatsgebiet und Grenzen .....	70
b) Sicherheitspolitische Bestimmungen .....	71
4. Brief der deutschen Außenminister .....	72
<b>3. Teil. Völkerrechtliche Rechtserzeugung und Verfassungsrecht</b>	
<b>6. Kapitel. Die völkerrechtlichen Rechtsquellen .....</b>	<b>73</b>
§ 18. Begriff und Arten völkerrechtlicher Rechtsquellen .....	73
I. Der Begriff der Rechtsquelle .....	73
II. Die Arten der völkerrechtlichen Rechtsquellen .....	74
1. Die Trias des Artikel 38 Abs. 1 IGH-Statut .....	74
2. Sekundäre Völkerrechtsquellen .....	74
§ 19. Das Völkergewohnheitsrecht .....	75
I. Der Begriff des Völkergewohnheitsrechts .....	75
II. Die Staatenpraxis .....	76
1. Die Organe der Staatenpraxis .....	76
2. Die Akte der Staatenpraxis .....	77
3. Der persönliche Umfang der Staatenpraxis .....	77
4. Die Dauer der Staatenpraxis .....	78
III. Die Rechtsüberzeugung (opinio iuris) .....	78
§ 20. Der völkerrechtliche Vertrag .....	79
I. Begriff und Abgrenzung .....	79
1. Der Begriff des völkerrechtlichen Vertrags .....	79
2. Die Völkerrechtsfähigkeit der Vertragsparteien .....	79
3. Die Begründung völkerrechtlicher Rechte und Pflichten .....	80
II. Die vertragliche Kodifikation von Völkerrecht .....	80
§ 21. Die allgemeinen Rechtsgrundsätze der Kulturnationen .....	81
I. Der Begriff .....	81
II. Die Bedeutung der Grundsätze .....	82
§ 22. Die Rechtsetzung durch internationale Organisationen .....	82
I. Beschlüsse internationaler Organisationen als sekundäre Rechtsquellen .....	82
II. Die Arten der Beschlüsse internationaler Organisationen .....	83
1. Organisationsinterne Regelungen .....	83
2. Außengerichtete Regelungen .....	83
a) Die Empfehlungswirkung bei Fehlen einer besonderen Regelung .....	84
b) „Gemischte“ Rechtsetzungsverfahren .....	84
c) Beschlüsse mit unmittelbarer Bindungswirkung .....	85
<b>7. Kapitel. Das Recht der Verträge .....</b>	<b>86</b>
§ 23. Die Quellen des Rechts der Verträge .....	86
§ 24. Der Abschluß völkerrechtlicher Verträge .....	86
I. Die Willenseinigung der Vertragsparteien .....	87
II. Die zur Abgabe einer Vertragserklärung befugten Organe .....	87

III. Die Stadien des Vertragsschlusses .....	87
1. Das einphasige Verfahren .....	87
2. Das mehrphasige (zusammengesetzte) Verfahren .....	87
a) Die Festlegung des Vertragstextes .....	87
b) Die Herbeiführung der Vertragsbindung .....	88
IV. Die Registrierung des Vertrags .....	89
V. Vorbehalte beim Vertragsschluß .....	90
1. Der Begriff des Vorbehalts .....	90
2. Die Regelung des Vorbehalts bei multilateralen Verträgen im Wiener Vertrags-	
rechtsübereinkommen (1969) .....	92
a) Die Zulässigkeit eines Vorbehalts .....	92
b) Die Wirkung des zulässigen Vorbehalts .....	92
c) Die Wirkung des unzulässigen Vorbehalts .....	93
d) Die Rücknahme des Vorbehalts .....	93
§ 25. Die Mängel des Vertragsschlusses .....	93
I. Das Problem der Vertragsschlußfähigkeit .....	94
II. Die Verletzung verfassungsrechtlicher Vorschriften eines Vertragspartners .....	94
III. Willensmängel .....	96
1. Anfechtungsgründe .....	96
2. Nichtigkeitsgründe .....	96
IV. Die Rechtswidrigkeit des Vertragsgegenstandes: das völkerrechtliche ius cogens	
1. Der Begriff des „zwingenden Völkerrechts“ .....	97
2. Die Problematik des ius cogens .....	98
3. Vertragliches ius cogens? .....	98
§ 26. Die Auslegung völkerrechtlicher Verträge .....	99
I. Die allgemeine Grundregel .....	99
1. Die Auslegungsvorschrift des Art. 31 Abs. 1 des Wiener Vertragsrechtsüber-	
einkommens (1969) .....	99
2. Der Vertragskontext als Grundlage der Auslegung .....	100
II. Ergänzende Auslegungsmittel .....	100
III. Die Auslegung mehrsprachiger Verträge .....	100
1. Mehrsprachige Vertragstexte .....	100
2. Besondere Auslegungsregeln .....	101
§ 27. Die Beendigung von Verträgen .....	101
I. Im Vertrag vorgesehene Beendigungsgründe .....	101
II. Die nachträgliche Unmöglichkeit der Erfüllung .....	101
III. Der Rücktritt vom Vertrag .....	102
1. Rücktritt wegen einer schweren Vertragsverletzung .....	102
2. Rücktritt wegen einer wesentlichen Änderung der Umstände .....	102
IV. Die Beendigung des Vertragsverhältnisses wegen Kriegsausbruchs .....	102
V. Die Beendigung eines Vertrags im Falle des Untergangs einer Vertragspartei .....	103
8. Kapitel. Die Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland an der Schaffung	
von Völkerrechtsnormen .....	104
§ 28. Die auswärtige Gewalt .....	104
I. Der Begriff der auswärtigen Gewalt .....	104
II. Auswärtige Gewalt und Gewaltenteilung .....	105
III. Die Beschränkung der auswärtigen Gewalt durch Übertragung von Hoheits-	
rechten an zwischenstaatliche Einrichtungen .....	106
§ 29. Die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern .....	107
I. Die Kompetenz des Bundes .....	107
1. Die grundsätzliche Regelung .....	107
2. Die Pflicht zur Anhörung besonders betroffener Bundesländer .....	109
II. Die Landeskompentenz .....	109
1. Die Regelung in Art. 32 Abs. 3 GG .....	109
a) Die Landeskompentenz zum Abschluß völkerrechtlicher Verträge .....	109
b) Das Erfordernis der Zustimmung der Bundesregierung .....	111
c) Das Problem einer konkurrierenden Vertragskompetenz des Bundes .....	111
2. Die „Lindauer Absprache“ vom 14. November 1957 .....	112

§ 30. Die Kompetenzverteilung im Rahmen der auswärtigen Gewalt des Bundes .....	113
I. Die Vertretungsbefugnis .....	114
1. Die Vertretung durch den Bundespräsidenten .....	114
2. Die Delegation der Vertretungsbefugnis .....	114
II. Die Entscheidungsbefugnis .....	115
1. Die Zuständigkeit der Exekutive .....	115
2. Die Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften .....	116
a) Der Gegenstand der Mitwirkung .....	116
b) Der Inhalt des Mitwirkungsrechts .....	117
c) Die vorweggenommene Ermächtigung .....	118
d) Mitwirkung bei Änderungsverträgen .....	119
§ 31. Insbesondere: die zustimmungsbedürftigen Verträge .....	119
I. Die in Art. 59 Abs. 2 GG genannten Verträge .....	119
1. Die „politischen“ Verträge .....	119
2. Die „gesetzesinhaltlichen“ Verträge .....	120
a) Die Bezugnahme auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung .....	120
b) Ausschluß verfassungsändernder Verträge .....	121
c) Verträge im Rahmen einer Verordnungsermächtigung .....	121
d) Das Problem der Parallelabkommen .....	121
3. Die Verwaltungsabkommen des Bundes .....	122
a) Der Begriff des Verwaltungsabkommens im Sinne des Art. 59 Abs. 2 S. 2 GG .....	122
b) Die Mitwirkung des Bundesrats .....	122
II. Die Übertragung von Hoheitsrechten (Art. 24 Abs. 1 GG) .....	122
1. Die Verfassungsentscheidung für die „supranationale Integration“ .....	123
2. Die verwendeten Begriffe im einzelnen .....	123
3. Die Mitwirkung der Legislative .....	125
4. Sonderfragen .....	126
III. Die Friedensregelung .....	127
IV. Problematische Fälle .....	128
1. Gebietsabtretung und Grenzregelung .....	128
2. Verträge, die den Haushalt betreffen .....	128
§ 32. Die richterliche Kontrolle der auswärtigen Gewalt .....	129
I. Auswärtige Gewalt und „gerichtsfreier Hoheitsakt“ .....	129
1. Die Lehre vom gerichtsfreien Hoheitsakt .....	129
2. Grundgesetz und gerichtliche Kontrolle .....	130
II. Materiellverfassungsrechtliche Bindungen der auswärtigen Gewalt .....	130
1. Staatszielbestimmungen und Verfassungsgrundsätze .....	131
a) Die Grundsätze im einzelnen .....	131
b) Die Wirkung der Leitgrundsätze .....	131
2. Die Achtung der Grundrechte .....	132
a) Die Reichweite der Grundrechte .....	132
b) Die der deutschen Staatsgewalt zurechenbaren Maßnahmen .....	132
c) Einschränkungen der Grundrechtsbindung .....	133
III. Verfassungsgerichtliche Kontrollverfahren .....	134
1. Abstrakte Normenkontrolle und Organstreitigkeiten .....	135
a) Verfassungsgerichtliche Kontrolle völkerrechtlicher Verträge .....	135
b) Verfassungsgerichtliche Kontrolle anderer Akte der auswärtigen Gewalt .....	135
2. Die Verfassungsbeschwerde .....	136
3. Die konkrete Normenkontrolle .....	137
4. Völkerrechtliche Folgen .....	137
IV. Die richterliche Inzidentprüfung von Akten der auswärtigen Gewalt .....	137
4. Teil. Die Einwirkung von Völkerrecht in den innerstaatlichen Bereich der Bundesrepublik Deutschland	
9. Kapitel. Grundsätzliche Probleme der Einbeziehung von Völkerrecht in den innerstaatlichen Bereich .....	139

§ 33. Die Typen staatlicher Regeln zur Einbeziehung von Völkerrecht in den innerstaatlichen Bereich .....	139
I. Das Problem .....	139
II. Typische Formen der Einbeziehung von Völkerrecht in den innerstaatlichen Bereich .....	140
1. Die Transformation .....	140
2. Die Adoption (Inkorporation) .....	140
3. Die Vollzugslehre .....	140
§ 34. Einzelfragen der Einwirkung von Völkerrecht in den innerstaatlichen Bereich .....	141
I. Innerstaatliche Geltung und unmittelbare Anwendbarkeit .....	141
1. Die Begriffsbestimmung .....	141
2. Das Verhältnis von innerstaatlicher Geltung und unmittelbarer Anwendbarkeit .....	142
II. Die Rangfrage .....	142
10. Kapitel. Die Übernahme völkerrechtlicher Normen in die deutsche Rechtsordnung ...	143
§ 35. Die Übernahme der allgemeinen Regeln des Völkerrechts in den innerstaatlichen Bereich .....	143
I. Die Übernahmevorschrift des Art. 25 GG .....	143
II. Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts .....	143
1. Die Rechtsquelle der allgemeinen Regeln .....	143
a) Das Problem .....	143
b) Völkergewohnheitsrecht und allgemeine Rechtsgrundsätze .....	144
2. Die Allgemeinheit der Regeln des Völkerrechts .....	144
III. Die Ermittlung von allgemeinem Völkerrecht .....	146
1. Das Problem der Konkretisierung völkerrechtlicher Grundsätze .....	146
2. Die klassischen Hilfsmittel: Gerichtsentscheidungen und Lehrmeinungen ...	146
a) Entscheidungen internationaler Gerichte .....	146
b) Die Lehrmeinungen völkerrechtlicher Autoren .....	147
3. Die neuen Hilfsmittel: Resolutionen von Staatenkonferenzen und internationalen Organisationen .....	147
4. Die Stufen der Ermittlung konkreter Normen in der Praxis .....	148
IV. Die allgemeinen völkerrechtlichen Regeln als Bestandteil des Bundesrechts .....	149
1. Transformation oder Adoption? .....	149
2. Beschränkung auf die Übernahme „unmittelbar anwendbarer“ Normen? ...	150
V. Der Rang der allgemeinen Regeln des Völkerrechts im innerstaatlichen Bereich .	151
1. Das Verhältnis zur Verfassung .....	151
2. Die Meinungen .....	151
3. Ergebnis .....	152
VI. Die verfassungsgerichtliche Sicherung der allgemeinen Regeln des Völkerrechts im innerstaatlichen Bereich .....	152
1. Die Feststellung der allgemeinen Regeln des Völkerrechts .....	152
a) Die Normenverifikation durch das Bundesverfassungsgericht .....	152
b) Die einzelnen Voraussetzungen der Vorlagepflicht .....	153
c) Die Rechtsfolge der Verifikation .....	153
2. Der verfassungsgerichtliche Individualrechtsschutz bei Mißachtung der allgemeinen Regeln des Völkerrechts .....	153
§ 36. Die Übernahme völkerrechtlichen Vertragsrechts in den innerstaatlichen Bereich .	154
I. Die Übernahmevorschrift .....	155
II. Die Regelung für politische und gesetzesinhaltliche Verträge (Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG) .....	155
1. Die Doppelfunktion des Vertragsgesetzes .....	155
2. Transformation oder Vollzug? .....	155
3. Innerstaatliche Geltung und unmittelbare Anwendbarkeit .....	157
a) Das Verhältnis von innerstaatlicher Geltung und unmittelbarer Anwendbarkeit .....	157
b) Die Bestimmung der unmittelbaren Anwendbarkeit eines Vertrages .....	158
4. Der Rang der Vertragsregelung im innerstaatlichen Bereich .....	160
III. Die Einbeziehung von Verwaltungsabkommen und bindenden Beschlüssen zwischenstaatlicher Einrichtungen in den innerstaatlichen Bereich .....	160

1. Verwaltungsabkommen .....	160
2. Bindende Beschlüsse zwischenstaatlicher Einrichtungen .....	161
IV. Die Einbeziehung von Verträgen des Bundes über Gegenstände der ausschließlichen Länderzuständigkeit .....	161
V. Die Auslegung völkerrechtlicher Verträge im innerstaatlichen Bereich .....	162
1. Die maßgeblichen Auslegungskriterien .....	162
2. Der maßgebliche Vertragstext .....	162
3. Die Auslegungsvereinbarung .....	163
§ 37. Die Einwirkung übertragener Hoheitsrechte in den innerstaatlichen Bereich .....	163
I. Artikel 24 Abs. 1 GG als „Integrationshebel“ .....	164
II. Die Öffnung des innerstaatlichen Bereichs .....	164
1. Die Adoptionslehre .....	164
2. Die verfassungsrechtlichen Grenzen der Öffnung des innerstaatlichen Bereichs .....	165
a) Der Schutz der Grundstruktur der Verfassung .....	165
b) Das Gebot der ausreichenden Bestimmtheit .....	166
c) Die Sicherung der verfassungsrechtlichen Grenzen .....	166
III. Der Rang des „supranationalen“ Rechts im innerstaatlichen Bereich .....	168
1. Die Rangregel .....	168
2. Die Anerkennung des Vorrangs durch Art. 24 Abs. 1 GG .....	168
3. Die verfassungsgerichtliche Sicherung der vorrangigen Anwendung des supranationalen Rechts .....	169
§ 38. Die sonstige Einwirkung von Völkerrecht in den innerstaatlichen Bereich .....	169
I. Spezielle Übernahmen und Verweisungen .....	169
II. Der Grundsatz der völkerrechtsfreundlichen Auslegung .....	170
III. Die Berücksichtigung von „Soft Law“ .....	171
<b>5. Teil. Die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die Europäische Union</b>	
<b>11. Kapitel. Die Grundlagen der Europäischen Union .....</b>	<b>173</b>
§ 39. Die „neue Stufe“ einer „immer engeren Union“ .....	173
I. Unionsverträge und Union .....	173
II. Die Struktur der Union .....	174
III. Besonderheiten der Verträge .....	175
1. Rechtsnatur der Verträge .....	175
2. Auslegung .....	176
3. Zurückbleiben und Verstärkte Zusammenarbeit .....	177
4. Vertragsänderung .....	177
5. Beitritt neuer Mitgliedstaaten .....	178
a) Regelung auf Unionsebene (Art. 49 EUV) .....	178
b) Regelung auf verfassungsrechtlicher Ebene .....	179
6. Vertragsdauer .....	180
§ 40. Die Unionsbürgerschaft .....	180
I. Allgemeines .....	180
II. Unionsbürger .....	181
III. Rechte und Pflichten .....	181
1. Überblick .....	181
2. Aufenthalt im Unionsgebiet .....	181
3. Kommunalwahlrecht .....	182
4. Wahl zum Europäischen Parlament .....	182
5. Schutz des Unionsbürgers in Drittstaaten .....	182
§ 41. Die Verfassungsprinzipien der Union .....	183
I. Grundsätze .....	183
II. Grundrechte .....	183
1. Überblick .....	183
2. Die Charta der Grundrechte .....	184
III. Die demokratische Legitimation der Union .....	185
1. Bestimmungen über demokratische Grundsätze .....	185

2. Demokratie und zwischenstaatliche Einrichtung .....	186
3. Die beiden Legitimationsstränge .....	187
4. Die Rolle der nationalen Parlamente .....	189
§ 42. Die Ziele der Union .....	190
I. Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts .....	190
1. Zweck .....	190
2. Aufgabenbereiche .....	191
II. Die Errichtung eines Binnenmarkts einschließlich seiner sozialen und kulturellen Aspekte .....	191
III. Die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion, deren Währung der Euro ist .....	192
IV. Die Grundsätze der Außenbeziehungen einschließlich einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) .....	192
12. Kapitel. Organe und Tätigkeit der Europäischen Union .....	193
§ 43. Der organisatorische Aufbau .....	193
I. Allgemeines .....	193
1. Haupt- und Nebenorgane .....	193
2. Das institutionelle Gleichgewicht .....	194
II. Die einzelnen Organe .....	195
1. Der Europäische Rat .....	195
2. Der Rat .....	196
a) Allgemeines .....	196
b) Die Beschlußfassung im Rat .....	197
c) Die im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten .....	198
d) Die Mitwirkung von Bundestag und Bundesrat im Entscheidungsprozeß des Rates .....	198
3. Das Europäische Parlament .....	200
a) Allgemeines .....	200
b) Gesetzgebungsbefugnisse .....	200
c) Politische Wahl- und Kontrollrechte .....	201
d) Zusammensetzung .....	201
e) Wahlverfahren .....	202
4. Die Kommission .....	202
a) Zusammensetzung .....	203
b) Aufgaben .....	203
c) Wahl der Kommission .....	203
5. Der Europäische Gerichtshof .....	204
a) Das Gerichtssystem .....	204
b) Die Zusammensetzung des Gerichtshofs .....	204
c) Die Aufgaben des Gerichtshofs .....	205
6. EZB und Rechnungshof .....	205
§ 44. Die Rechtsakte der Union .....	206
I. Die Grundlagen .....	206
1. Stufen des Unionsrechts .....	206
2. Das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung .....	206
a) Verbands- und Organkompetenz .....	206
b) Die Grundregel .....	207
c) Die Möglichkeit der Kompetenzergänzung .....	207
d) Spezifizierte und unspezifizierte Rechtsakte .....	208
II. Die Rechtsakte gemäß Art. 288 AEUV im einzelnen .....	208
1. Die Verordnung .....	208
2. Der Beschluss .....	208
3. Die Richtlinie .....	208
a) Begriff .....	208
b) Wirkungen .....	209
4. Empfehlung und Stellungnahme .....	211

§ 45. Die Kontrolle von Auslegung und Gültigkeit des Rechts der Union durch den EuGH .....	211
I. Das Vorabentscheidungsverfahren .....	212
1. Bedeutung .....	212
2. Vorlagefähige Fragen .....	212
3. Vorlageberechtigtes Gericht .....	212
4. Vorlagepflicht .....	213
5. Urteilswirkung .....	213
II. Die Nichtigkeitsklage .....	214
1. Gegenstand der Klage .....	214
2. Die Klagebefugnis .....	214
3. Die Klagegründe .....	215
4. Die Klagefrist .....	215
5. Die Urteilsfolgen .....	215
III. Die Untätigkeitsklage .....	215
IV. Die Amtshaftungsklage .....	216
<b>13. Kapitel. Unionsgesetzgebung und Mitgliedstaaten .....</b>	<b>216</b>
§ 46. Modalitäten des Kompetenzverhältnisses .....	216
I. Allgemeines .....	216
II. Ausschließliche Kompetenz der Union .....	217
III. Geteilte Kompetenz .....	217
IV. Parallele Kompetenz .....	218
V. Ausnahmen zugunsten mitgliedstaatlicher Handlungsbefugnisse .....	218
§ 47. Schranken der Unionskompetenzen .....	218
I. Das Prinzip der Subsidiarität .....	218
1. Der Subsidiaritätsgedanke .....	219
2. Die Regelung in den Verträgen .....	219
II. Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit .....	220
III. Die gerichtliche Überprüfung .....	220
<b>14. Kapitel. Europäisches Unionsrecht im staatlichen Rechtsraum .....</b>	<b>221</b>
§ 48. Geltung, Anwendbarkeit und Vorrang des Unionsrechts .....	221
I. Die innerstaatliche Geltung des Unionsrechts .....	221
II. Die unmittelbare Anwendbarkeit von Unionsrecht .....	222
1. Die unionsrechtliche Unterscheidung .....	222
2. Die unmittelbare Anwendbarkeit .....	222
3. Das nicht unmittelbar anwendbare Unionsrecht .....	223
III. Der Vorrang des Unionsrechts .....	223
1. Grundlage .....	223
2. Inhalt .....	224
a) Allgemeines .....	224
b) Anwendungsvorrang .....	224
IV. Die Sicherung von Anwendung und Vorrang des Unionsrechts .....	225
1. Das unionsrechtliche Vertragsverletzungsverfahren .....	225
2. Die Verfassungsbeschwerde .....	225
3. Staatshaftung .....	226
§ 49. Grenzen von innerstaatlicher Geltung und Vorrang des Unionsrechts .....	227
I. Grundsatz .....	227
II. Verfassungsgerichtliche Kontrolle .....	228
§ 50. Der Vollzug des Unionsrechts .....	229
I. Grundsatz des „indirekten Vollzugs“ .....	229
II. Einfluß auf das staatliche Recht .....	230

## 6. Teil. Die völkerrechtlichen Kompetenzbereiche der Staaten

15. Kapitel. Der staatliche Kompetenzbereich im Raum .....	233
§ 51. Territoriale Souveränität und Gebietshoheit .....	233
§ 52. Das Staatsgebiet .....	234
I. Umfang und Grenzen des Staatsgebiets .....	234
1. Der Umfang des Staatsgebiets .....	234
2. Die Grenzen des Staatsgebiets .....	234
a) Das Prinzip des „uti possidetis“ .....	234
b) Grenzflüsse .....	235
c) Grenzseen .....	235
3. Die deutschen Grenzen .....	235
II. Sonderregelungen im Interesse des internationalen Verkehrs .....	236
1. Flußschifffahrt .....	236
a) Allgemeine Regeln .....	236
b) Der Rhein .....	237
c) Die Donau .....	237
d) Die Mosel .....	238
e) Die Elbe .....	238
f) Oder und Lausitzer Neisse .....	238
g) Der Main-Donau-Kanal .....	238
2. Interozeanische Kanäle .....	239
III. Maritime Eigengewässer .....	239
1. Allgemeine Regeln .....	239
2. Die Seehäfen .....	239
IV. Das Küstenmeer .....	240
1. Der Begriff des Küstenmeeres .....	240
2. Die Abgrenzung des Küstenmeeres .....	240
3. Das völkerrechtliche Regime des Küstenmeeres .....	241
a) Das Recht der friedlichen Durchfahrt .....	241
b) Schranken der Hoheitsgewalt des Küstenstaats .....	242
V. Der Luftraum .....	243
§ 53. Territoriale Kompetenzen jenseits des Küstenmeeres .....	243
I. Das UN-Seerechtsübereinkommen (1982) .....	243
II. Der Festlandsockel .....	244
1. Der Begriff des Festlandsockels .....	244
2. Das Regime des Festlandsockels .....	245
III. Anschluß- und Wirtschaftszonen .....	245
1. Die Anschlußzone .....	245
2. Die Ausschließliche Wirtschaftszone .....	246
IV. Die Hohe See .....	246
1. Der Begriff der Hohen See .....	246
2. Die Freiheit der Hohen See .....	246
3. Insbesondere: die Freiheit der Schifffahrt .....	247
4. Der Tiefseeboden .....	248
16. Kapitel. Der staatliche Kompetenzbereich hinsichtlich der Personen .....	248
§ 54. Die Staatsangehörigkeit .....	248
I. Begriff und Abgrenzung .....	248
1. Die Staatsangehörigkeit natürlicher Personen .....	248
2. Die Staatszugehörigkeit .....	249
3. Die Unionsbürgerschaft .....	250
II. Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit .....	250
1. Die maßgebliche Rechtsordnung .....	250
2. Völkerrechtliche Schranken des staatlichen Ermessens .....	250
3. Der Erwerb der Staatsangehörigkeit .....	251
a) Der Erwerb mit der Geburt .....	251
b) Der nachträgliche Erwerb .....	251
4. Der Verlust der Staatsangehörigkeit .....	252
5. Mehrstaater und Staatenlose .....	252

§ 55. Die deutsche Staatsangehörigkeit .....	253
I. Allgemeines .....	253
II. Die Erwerbs- und Verlustgründe im Recht der Bundesrepublik Deutschland .....	253
1. Die Rechtsgrundlage .....	253
2. Die Erwerbsgründe .....	253
a) Erwerb mit der Geburt .....	253
b) Einbürgerung .....	254
3. Die Verlustgründe .....	255
III. Der „Deutsche im Sinne des Grundgesetzes“ .....	256
1. Der Begriff des Deutschen gemäß Art. 116 Abs. 1 GG .....	256
2. Die verfassungsrechtliche Stellung des „Deutschen“ .....	256
3. Der Begriff des Statusdeutschen wird obsolet. ....	257
§ 56. Die Gewährung von Auslandsschutz .....	257
I. Das Schutzrecht des Heimatstaats gegenüber dem fremden Staat .....	258
1. Der Begriff des Auslandsschutzes .....	258
2. Staatsangehörigkeitsrechtliche Probleme des Auslandsschutzes .....	259
II. Das Recht des Staatsangehörigen gegenüber seinem Heimatstaat auf diplomatischen Schutz .....	259
§ 57. Die Rechtsstellung des Fremden .....	260
I. Die allgemeine Pflicht zur Wahrung des völkerrechtlichen Mindeststandards .....	261
II. Fremdenrechtliche Regelungen im innerstaatlichen Bereich der Bundesrepublik Deutschland .....	261
1. Rechtsquellen des Fremdenrechts .....	261
2. Der Grundrechtsschutz zugunsten des Fremden .....	263
a) Die Gewährleistung der Menschenrechte .....	263
b) Das allgemeine Freiheitsrecht gemäß Art. 2 Abs. 1 GG .....	263
c) Der Gleichheitssatz .....	264
d) Die Frage des Grundrechtsschutzes für ausländische juristische Personen .....	264
3. Das Recht des Fremden auf Aufenthalt .....	265
a) Das Erfordernis eines Aufenthaltstitels .....	265
b) Die Beendigung des Aufenthaltsrechts .....	265
c) Die zwangsweise Durchsetzung der Ausreise .....	266
III. Die Auslieferung .....	266
1. Völkerrechtliche Aspekte .....	267
a) Die Frage der Pflicht zur Auslieferung .....	267
b) Die Einigung über die Auslieferung .....	267
2. Das verfassungsrechtliche Verbot der Auslieferung Deutscher .....	267
3. Voraussetzungen und Schranken der Auslieferung .....	268
4. Das Verfahren der Auslieferung .....	269
IV. Das Recht auf Asyl .....	269
1. Das Asylrecht im Völkerrecht .....	270
2. Das Grundrecht auf Asyl gem. Art. 16 a GG .....	271
a) Zweck und Inhalt des Rechts auf Asyl .....	271
b) Die Voraussetzung des Rechts auf Asyl .....	271
c) Die Grenzen des Rechts auf Asyl .....	273
d) Internationale Zusammenarbeit .....	274
e) Die Feststellung der Asylberechtigung .....	275
<b>17. Kapitel. Der staatliche Kompetenzbereich zur Regelung grenzüberschreitender Sachverhalte .....</b>	<b>275</b>
§ 58. Die Kompetenz zur Regelung von Sachverhalten mit Auslandsberührung .....	275
I. Die grundsätzliche Regelung der Sachkompetenz .....	275
II. Beispiele für eine „sinnvolle Anknüpfung“ .....	276
1. Allgemeine Prinzipien .....	276
2. Anknüpfungskriterien im Strafrecht .....	277
3. Anknüpfungskriterien im Zivilprozeßrecht .....	277
4. Anknüpfungskriterien im Steuer- und Wirtschaftsrecht .....	277

§ 59. Grenzen der Kompetenzausübung bei konkurrierender Kompetenz .....	279
I. Das Problem .....	279
II. Die Pflicht zur Interessenabwägung .....	279
III. Der völkerrechtliche Schutz des Individuums .....	280
7. Teil. Die Grundprinzipien des Völkerrechts für das friedliche Zusammenleben der Staaten und ihre Sicherung im Recht der Bundesrepublik Deutschland	
18. Kapitel. Die Achtung der souveränen Gleichheit der Staaten .....	281
§ 60. Der Grundsatz der souveränen Gleichheit .....	281
§ 61. Das Gebot der Achtung der völkerrechtlichen Rechtspersönlichkeit eines Staates ..	282
I. Der Souveränitätsaspekt .....	282
1. Das Recht auf Achtung der völkerrechtlichen Existenz .....	282
2. Das Recht auf Achtung der Ehre .....	283
3. Die Sicherung im deutschen Recht .....	283
II. Der Gleichheitsaspekt: Die Staatenimmunität .....	284
1. Die Immunität des fremden Staates .....	284
a) Die Staatenimmunität im gerichtlichen Erkenntnisverfahren .....	284
b) Die Staatenimmunität in der Zwangsvollstreckung .....	286
c) Die Stellung fremder Staatsunternehmen .....	286
d) Die Geltung der völkerrechtlichen Immunitätsregeln im deutschen Recht .....	286
e) Der fremde Staat als Kläger .....	287
2. Die Immunität fremder Staatsorgane .....	287
a) Die grundsätzliche Regelung im Völkerrecht .....	287
b) Ausnahmen des Immunitätsgrundsatzes .....	288
§ 62. Die Achtung der territorialen Souveränität und der Gebietshoheit .....	289
I. Die Achtung der territorialen Souveränität .....	290
II. Die Achtung der Gebietshoheit .....	290
1. Der Grundsatz .....	290
2. Das Verbot grenzüberschreitender Einwirkungen .....	290
a) Das Verbot von Gewaltakten .....	290
b) Das Verbot grenzüberschreitender Immissionen .....	290
c) Das Verbot der Vornahme von Hoheitsakten im fremden Staatsgebiet ...	292
§ 63. Das Interventionsverbot .....	293
I. Die Rechtsgrundlage .....	293
II. Der Interventionstatbestand .....	294
§ 64. Die Achtung fremder Hoheitsakte .....	294
I. Die extraterritoriale Wirkung fremder Hoheitsakte .....	295
II. Die völkerrechtlichen Regeln zur extraterritorialen Wirkung von Hoheitsakten ..	295
1. Die maßgeblichen Grundgedanken .....	295
2. Fremde Hoheitsakte aufgrund ausschließlicher Kompetenz des handelnden Staates .....	296
a) Die grundsätzliche Pflicht zur Respektierung des fremden Hoheitsakts .....	296
b) Die Ausnahme der Völkerrechtswidrigkeit des Hoheitsakts .....	296
c) Die Ausnahme des Verstoßes gegen den inländischen ordre public .....	297
3. Fremde Hoheitsakte im Falle nicht-ausschließlicher Kompetenz .....	298
4. Die Spaltungstheorie .....	298
19. Kapitel. Die völkerrechtliche Friedenssicherung .....	298
§ 65. Das System der völkerrechtlichen Friedenssicherung .....	298
I. Der völkerrechtliche Friedensbegriff .....	299
II. Das System der kollektiven Sicherheit .....	299
1. Die Entwicklung des Systems der kollektiven Sicherheit bis zur Gründung der Vereinten Nationen .....	299
2. Das System der kollektiven Sicherheit in der UN-Charta .....	301
3. Die Organisation über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) als regionales System der kollektiven Sicherheit .....	301

a) Historische Entwicklung .....	301
b) Aufgaben .....	302
c) Organe .....	302
d) Besonderheiten .....	303
§ 66. Das Gewaltverbot der UN-Charta .....	303
I. Das in Art. 2 Nr. 4 UN-Charta normierte Gewaltverbot .....	304
1. Art. 2 Nr. 4 UN-Charta als ius cogens .....	304
2. Der Gewaltbegriff in Art. 2 Nr. 4 UN-Charta .....	304
3. Die Beschränkung des Gewaltverbots auf die „internationalen Beziehungen“ .....	305
II. Ausnahme der „humanitären Intervention“? .....	305
III. Die verfassungsrechtliche Sicherung des Gewaltverbots .....	306
1. Die spezielle Vorschrift des Art. 26 Abs. 1 GG .....	306
2. Das geschützte Rechtsgut .....	307
3. Die verbotenen Handlungen .....	308
4. Die Rechtsfolgen .....	309
§ 67. Kollektive Maßnahmen der Friedenssicherung im Rahmen der Vereinten Nationen .....	310
I. Die kollektiven Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII UN-Charta .....	310
1. Die Befugnisse des Sicherheitsrats .....	310
a) Die Kompetenz zu bindenden Beschlüssen .....	310
b) Die Anordnung nicht-militärischer Sanktionen .....	311
c) Die Anordnung militärischer Maßnahmen .....	311
2. Die Befugnisse der Generalversammlung .....	312
3. Regionale Systeme der kollektiven Sicherheit .....	312
II. Die „friedenserhaltenden Operationen“ der Vereinten Nationen .....	312
III. Die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an friedenssichernden Kollektiv- maßnahmen der Vereinten Nationen .....	313
1. Die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an kollektiven Zwangsmaß- nahmen .....	314
a) Die Teilnahme an Maßnahmen nicht-militärischer Art .....	314
b) Die Teilnahme an Maßnahmen militärischer Art .....	315
2. Die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an „peace-keeping operations“ .....	316
§ 68. Das Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung .....	317
I. Das Recht zur Selbstverteidigung gemäß Art. 51 UN-Charta .....	317
II. Militärische Terrorismusbekämpfung als Selbstverteidigung? .....	318
III. Kollektive Selbstverteidigung und Friedenssicherung .....	320
1. Kollektive Selbstverteidigung und Beistandspakte .....	320
2. Der Nordatlantik-Vertrag .....	321
a) Die Ziele des Vertrags .....	321
b) Der organisatorische Aufbau der NATO .....	323
c) Die Streitkräfte der NATO .....	323
3. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU .....	324
a) Die Aufgabe .....	324
b) Organisationsstrukturen .....	325
c) Verhältnis zur NATO .....	325
IV. Die verfassungsrechtliche Regelung des Einsatzes deutscher Streitkräfte im Bündnis .....	325
1. Die verfassungsrechtliche Grundlage des Einsatzes deutscher Streitkräfte ....	325
a) Regierungskompetenz und parlamentarische Kontrolle .....	325
b) Die Funktion der „Feststellung des Verteidigungsfalles“ gemäß Art. 115 a GG .....	326
2. Der Übergang von Kommandogewalt auf Organe der NATO .....	327
a) Die verfassungsrechtliche Problematik .....	327
b) Die Auffassung des Bundesverfassungsgerichts .....	327
§ 69. Die völkerrechtliche Repressalie .....	327
I. Repressalie und Retorsion .....	328
II. Voraussetzungen der Repressalie .....	328
III. Innerstaatliche Voraussetzungen für die Durchführung der Repressalie .....	329
1. Die Entscheidungskompetenz .....	329

2. Die Vollzugskompetenz für einzelne Maßnahmen .....	329
a) Maßnahmen im zwischenstaatlichen Bereich .....	329
b) Der Vollzug durch Setzung staatlichen Rechts .....	330
c) Sonderregeln der Europäischen Union .....	330
3. Voraussetzungen und Grenzen des Vollzugs im innerstaatlichen Bereich .....	330
a) Die Beachtung völkerrechtlicher Vorschriften .....	330
b) Bestimmungen des Europarechts .....	331
c) Bestimmungen des Verfassungsrechts .....	331
IV. Die Retorsion .....	331
§ 70. Abrüstung und Rüstungskontrolle .....	332
I. Verpflichtungen hinsichtlich der Abrüstung im allgemeinen Völkerrecht und im Grundgesetz .....	332
1. Allgemeines Völkerrecht .....	332
2. Die Haltung des Grundgesetzes .....	332
II. Besondere Vertragspflichten der Bundesrepublik Deutschland .....	333
1. Universelle Übereinkommen über Rüstungsbeschränkungen .....	333
2. Rüstungsbeschränkung im Rahmen der OSZE .....	334
3. Zwei-plus-Vier-Vertrag .....	334
§ 71. Das Gebot der friedlichen Streiterledigung .....	334
I. Die völkerrechtliche Pflicht zur friedlichen Streitbeilegung .....	335
II. Insbesondere: Die richterliche Streitentscheidung .....	336
1. Richterliche Streitentscheidung und Staatenkonflikt .....	336
a) Die Rolle der richterlichen Streitentscheidung im internationalen Konflikt .....	336
b) Das Fehlen eines Obligatoriums .....	336
c) Gericht und Schiedsgericht .....	336
2. Die Streitentscheidung durch den Internationalen Gerichtshof .....	336
a) Rechtsgrundlage und Zusammensetzung .....	336
b) Die Zuständigkeit des Gerichtshofs .....	337
3. Streitentscheidung durch Gerichte für bestimmte Sachbereiche .....	338
III. Die Pflicht zur friedlichen Streiterledigung nach deutschem Recht .....	338
1. Die allgemeine Pflicht zur friedlichen Streiterledigung .....	338
2. Die Vorschrift des Art. 24 Abs. 3 GG .....	338
20. Kapitel. Der internationale Menschenrechtsschutz .....	339
§ 72. Rechtsgrundlagen und Verwirklichung des internationalen Menschenrechtsschutzes .....	339
I. Die Rechtsgrundlagen .....	339
II. Grundsätzliche Fragen der Verwirklichung von Menschenrechten im internationalen Bereich .....	340
1. Die Konkretisierung universell garantierter Menschenrechte .....	340
2. Die Kontrolle der Achtung der Menschenrechte .....	341
§ 73. Die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 .....	342
I. Allgemeines .....	342
II. Der Katalog der Menschenrechte und Grundfreiheiten .....	343
III. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte .....	344
1. Die Aufgabe .....	344
2. Die Richter .....	345
3. Die Entscheidungsgremien .....	345
IV. Entscheidungsbegehren .....	345
1. Arten .....	345
2. Zulässigkeit der Beschwerde .....	345
V. Das Verfahren .....	346
VI. Die EMRK im deutschen Recht .....	347
1. Allgemeines .....	347
2. Die Rangproblematik .....	348

<b>21. Kapitel. Selbstbestimmungsrecht der Völker und Minderheitenschutz .....</b>	<b>349</b>
<b>§ 74. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker .....</b>	<b>349</b>
I. Grundlagen .....	350
II. Inhalt .....	350
III. Schranken .....	351
IV. Das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes .....	351
<b>§ 75. Der völkerrechtliche Minderheitenschutz .....</b>	<b>352</b>
I. Allgemeines .....	353
II. Die völkerrechtliche Regelung .....	354
1. Universeller Minderheitenschutz .....	354
2. Regionaler Minderheitenschutz .....	355
3. Bilateraler Minderheitenschutz .....	355
III. Minderheitenschutz in Deutschland .....	355
1. Grundgesetz .....	355
2. Gesetzlicher Schutz bestehender Minderheiten .....	356
a) Dänische Minderheit .....	356
b) Friesische Volksgruppe .....	357
c) Sorbische Volksgruppe .....	357
Sachverzeichnis .....	359